



Bedenkenlos naschen?

Worauf man beim Kauf von Weihnachtsgebäck achten sollte / S. 18



Im Netz verloren:

Immer mehr Kinder flüchten sich in virtuelle Welten / S. 9

Die Beatles-Party:

Hannovers Schauspiel holt das „Weiße Album“ auf die Bühne / S. 5

Hannover gibt Ausländern wenig Chancen

Hannover (asl). Ausländer haben in Hannover keine Chance auf schnelle Sprachkurse. Alle Angebote der verschiedenen Bildungsträger sind ausgebucht. Die Nachfrage sei in diesem Jahr rasant in die Höhe geschossen, bestätigen verschiedene Einrichtungen. Die Stadt will jetzt wegen der steigenden Nachfrage die Kapazität aufstocken. Doch es fehlt vor allem an Dozenten, auch Räume sind Mangelware. Vor allem Zuwanderer aus Nicht-EU-Ländern, die länger bleiben, sind Zielgruppe der Integrationskurse, zurzeit etwa Flüchtlinge aus Syrien. In den Angeboten werden Sprachkenntnisse vermittelt, zudem geht es auch um Landes- und Staatskunde. Freiwillig teilnehmende dürfen auch EU-Bürger, soweit sie freie Plätze finden – was derzeit angesichts langer Wartelisten unmöglich scheint. Seite 7

HEUTE IN DER HAZ

Fan-Schwein hat neues Heim

Hannover: Das Fan-Schwein, das vor dem Derby gegen Braunschweig mit Schal und Filzstiftzahlen auf Hannovers Straßen ausgesetzt wurde, hat eine neue Heimat. Eine Krankenschwester aus Kleinbrennen hat es in der Obhut – und will es nicht schlachten. Seite 7

Käfer-Freunde im Berggarten

Hannover: Dem geschützten Juchtenkäfer, der das Fällen der historischen Lindenallee im Berggarten verzögert, gilt die Sympathie vieler Besucher. Auch der Freundeskreis Herrenhausens will mit der Stadt nun erneut das Gespräch zur Fallaktion suchen. Seite 8

Doris Lessing ist tot

Kultur: Die Literaturnobelpreisträgerin Doris Lessing ist Sonntagmorgen in London gestorben. Sie wurde 94 Jahre alt. Erst 2007 wurde sie mit der höchsten Auszeichnung für Literatur geehrt. International bekannt wurde sie 1962 mit dem „Goldenen Notizbuch“. Seite 5

50 Tote bei Flugzeugabsturz

Welt im Spiegel: Bei der Bruchlandung einer Passagiermaschine in der russischen Stadt Kasan sind am Sonntag alle 50 Insassen ums Leben gekommen. Das aus Moskau kommende Flugzeug vom Typ Boeing 737 schlug beim zweiten Landeversuch auf. Seite 6

Strompreis steigt kaum

Wirtschaft: Eine gute Nachricht für viele Verbraucher: Sie müssen zum Jahreswechsel nur mit geringen Preissteigerungen beim Strom rechnen. Manche Anbieter wie e-on und RWE halten die Preis sogar konstant, wie eine Umfrage ergab. Seite 17

Rückschlag für die TSV

Sport: Das sind keine guten Voraussetzungen für das Europacup-Debüt in sechs Tagen. Die TSV Hannover-Burgdorf unterlag in der Handball-Bundesliga mit 27:30 in Wetzlar, zudem verletzte sich Spielmacher Csaba Szücs. Seite 13

Lottozahlen: 9, 19, 24, 39, 42, 43

Superzahl: 4
Spiel 77: 69 18583
Super 6: 810942
Toto: 1, 2, 1, 0, 0, 2, 2, 2, 1, 1, 1, 1, 0
6 aus 45: 4, 13, 15, 26, 35, 43 (35) (ohne Gewähr)

Hannoversche Allgemeine

Rätsel	Seite 4, 10
Roman	Seite 12
Sporttabellen	Seite 15
Marktplatz	Seite 18
Medien & TV	Seite 19
Täglich (fast) alles	Seite 20

8° Teils bedeckt und zeitweise Regen oder Sprühhregen, teils aufgelockert. Schwacher Südwestwind. Seite 20

Postanschrift: 30148 Hannover
Redaktion: (05 11) 5 18-0
Kleinanzeigen Privatkunden: 08 00-1 23 44 01*
Kleinanzeigen Geschäftskunden: 08 00-1 23 44 02*
Telefax Kleinanzeigen: 08 00-1 23 44 10*
Abonnenten-Service: 08 00-1 23 43 04*
Internet: www.haz.de
*Kolonnen ServiceNummer

Überraschung in Stöcken: Conti lässt wieder Reifen backen



So kann es gehen: Rund sechs Jahre nach dem Ende der Produktion von Lkw-Reifen im Continental-Werk Hannover-Stöcken dampft und qualmt es dort ab Dienstag wieder. Der Konzern hat entdeckt, dass die neue Anlage zur Runderneuerung großer Reifen in Hannover besser aufgehoben ist als in einem Billiglohndland. Und mancher Continentaler, der einst gehen musste, kehrt an seinen Arbeitsplatz (hier ein Bild aus den alten Tagen) zurück. Wie kommt's? Seite 3

Union findet sich mit 8,50 Euro Mindestlohn ab

Koalitionsverhandlungen: SPD beharrt auf doppelter Staatsbürgerschaft

VON BASIL WEGENER UND KAI KOLLENBERG

Berlin/Leipzig. In den Koalitionsverhandlungen steuern Union und SPD auf einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro zu. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) nannte es am Sonntag Abend im ARD-„Bericht aus Berlin“ „richtig, dass irgendwo diese 8,50 Euro auftreten werden“. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte ihre Partei bereits zuvor auf ein Einlenken auf den Mindestlohn eingestimmt: „82 Prozent der Deutschen und 78 Prozent der Unionswähler finden den super“, sagte sie am Wochenende. Die Verhandlungen daran scheitern zu lassen, wäre leichtfertig.

Für die SPD kommt eine Große Koalition nur dann infrage, wenn in dem Vertrag mit der Union ein Mindestlohn festgeschrieben und die doppelte Staatsbürgerschaft für Migranten ermöglicht wird. Diese Bedingungen nannte Parteichef Sigmar Gabriel zum Abschluss des

SPD-Parteitag in Leipzig. Gabriel sagte in einer kämpferischen Rede: „Ich werde der SPD keinen Koalitionsvertrag vorlegen, in dem die doppelte Staatsbürgerschaft nicht drin ist.“ Der SPD-Chef ergänzte: „Jetzt müsst Ihr liefern, liebe Leute von der Union.“

Über die Höhe des ersten Mindestlohns soll erst am Schluss der Koalitionsverhandlungen entschieden werden. „Die eine Frage ist: Was ist der Startpunkt für den Mindestlohn in Deutschland“, sagte die Verhandlungsführerin der Union, Ministerin Ursula von der Leyen (CDU).

Erwin Sellering, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern und in der Verhandlungsgruppe Arbeit und Soziales für die SPD vertreten, sagte der HAZ: „Die SPD will ganz klar einen in Ost und West einheitlichen Mindestlohn. Ich kann die Union nur warnen, da faule Kompromisse schließen zu wollen.“

Führende Politiker äußerten sich gestern zuversichtlich über die Koalitions-

verhandlungen. „Bis Ende November sollte der Koalitionsvertrag fertig sein“, sagte Kauder. „Die großen Streitpunkte werden in den letzten zwei Verhandlungstagen entschieden.“ Gabriel räumte ein: „Wir werden nicht alles durchsetzen.“ SPD-Vize Hannelore Kraft sagte dagegen der HAZ: „Man kann in Verhandlungen immer scheitern.“ Die SPD müsse Themen, die einen Politikwechsel darstellten, dingfest machen.

Am Sonntag konnten Union und SPD in einer sechsstündigen Verhandlungsrunde zur Gesundheits- und Pflegepolitik erneut zentrale Streitpunkte nicht aus der Welt geschafft. Die SPD forderte die Abschaffung der Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung, die Union befürwortete sie als „sehr starkes Wettbewerbsinstrument“. Auch im Streit um die CDU-Forderung einer Kapitalreserve für die Altenpflege gab es wieder keine Annäherung.

► Sozialkassen warnen Seite 2

Abwanderung aus dem Osten gestoppt

Regierung sieht positive Tendenz in neuen Ländern

Berlin (kol/rzz/dpa). Nach mehr als 20 Jahren Aderlass ist die Abwanderung aus Ostdeutschland weitgehend gestoppt. Erstmals seit der Wiedervereinigung zogen 2012 ungefähr so viele Menschen von Ost- nach Westdeutschland wie umgekehrt, heißt es im aktuellen Jahresbericht zur deutschen Einheit. Dazu hätten die deutlich verbesserte Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt und die insgesamt gute wirtschaftliche Situation beigetragen.

„Fast eine Generation nach der Wiedervereinigung haben sich die ökonomischen Lebensverhältnisse, insbesondere der materielle Wohlstand, deutlich verbessert“, heißt es in dem Bericht, der am Mittwoch im Kabinett vorgelegt wird. Aus der einstigen Planwirtschaft sei „eine wissensbasierte Industrieregion mit zunehmend wettbewerbsfähigen Unternehmen geworden“. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 22 Jahren. 9,5 Prozent betrug die Quote im Oktober in den neuen Ländern. Sie liegt damit weiterhin über dem Westniveau von 5,8 Prozent.

„Die ostdeutschen Länder haben in den letzten 23 Jahren deutlich aufgeholt“, sagte Mecklenburgs Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) der HAZ. „Aber es gibt immer noch einen Rückstand bei Wirtschaftskraft, Arbeitslosigkeit und Einkommen. Deshalb muss der wirtschaftliche Aufholprozess weiter fortgesetzt werden. Und es müssen auch die noch bestehenden Ungleichheiten bei der Rente beseitigt werden.“ Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinier Haseloff (CDU) erklärte: „Durch eine engagierte und extrem flexible Arbeitnehmererschaft ist ein beeindruckendes Comeback des Ostens gelungen.“

► Kommentar Seite 2

Gurlitt will den Kunstschatz behalten

München (dpa). Der Besitzer des Münchener Kunstschatzes, Cornelius Gurlitt, will alle Bilder behalten. „Freiwillig gebe ich nichts zurück“, sagte der 80-Jährige dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Gurlitt wies die Vorwürfe gegen ihn zurück. Die gut 1400 Kunstwerke, die in seiner Wohnung sichergestellt wurden, habe sein Vater rechtmäßig erworben. Die Justiz und die Öffentlichkeit stellten „alles falsch dar“. Die Justiz ermittelt gegen ihn wegen Steuerhinterziehung und Unterschlagung.

► Ohne Reue Seite 6

Ölpest in Ostfriesland

Etzel (dpa). Aus einem Kavernenspeicher bei Etzel in Ostfriesland ist am Sonntag eine größere Menge Erdöl ausgeflossen. Das Öl trat nach Angaben der Leitstelle des Landkreises Wittmund auf einer Länge von 6,2 Kilometern in umliegende Gewässer aus. Bis zu 290 Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks waren im Einsatz, um Ölsperrern zu errichten. Zum genaueren Ausmaß und zu Schäden konnten zu nächst keine Angaben gemacht werden. Kavernen sind unterirdische Speicher für Gas oder Öl. In Etzel ist Rohöl in über 20 Speichern in einem Salzstock gelagert.

Landtechnik-Messe mit Rekordbilanz

Hannover (eb). Die Agritechnica gewinnt immer mehr Zugkraft. Die am Sonntagabend beendete weltgrößte Messe für Landtechnik lockte rund 450.000 Besucher nach Hannover, womit sie einen Rekordbesuch verzeichnete. Verglichen mit der vorigen Messe vor zwei Jahren war das ein Plus von sieben Prozent. Die Agritechnica ist damit die größte Messe in Hannover, weit vor der Hannover Messe und der CeBIT. Auch der Anteil der Besucher aus dem Ausland erreichte mit 112.000 seinen bisherigen Höchststand.

► Agritechnica der Superlative Seite 17

Nachtflugverbot wird teuer – für die Bahn

Drohneinsatz beim Kampf gegen Graffiti-Sprayer sind nur tagsüber erlaubt

VON KAI KOLLENBERG

Es hätte alles so schön sein können: Die Deutsche Bahn hätte es sich so wunderbar gedacht im Kampf gegen Sprayer: Hightech-Methoden wollte sie anwenden, Drohnen in 150 Meter Höhe fliegen lassen, die mit Wärmebildkameras nachts die Abstellgleise überwachen. Schmutzfinfen, die ihre Schriftzüge oder Bildchen an die Außenwände der Waggons sprühen, sollten damit gefilmt, gestellt und vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden. Am Ende hätte die Bahn damit vielleicht gar den Kleinkriminellen ihren seltsamen Spaß an der illegalen Verwendung der Farbdosen ausgetrieben. Doch daraus wird nun erst einmal nichts – dank der deutschen Bundesländer, die den Schienenexperten einen Strich durch die Rechnung machten. Tagsüber könnten die „fliegenden Augen“ gerne über den Gleisen kreisen, signalisierten sie dem Unternehmen. Aber nachts, nein nachts sei das beim besten Willen nicht möglich, versicherten sie der Bahn. Blöd nur, dass genau dann die meisten Sprayer unterwegs sind. Im Schutz der Dunkelheit sprüht es sich eben heimlicher und damit vergnügter als im Tageslicht.

Bei der Bahn herrscht totaler Kontrollzwang. Jedes Jahr muss sie rund sieben Millionen Euro dafür berappen. Selbst für ein Unternehmen in Staatshand ist das keine Kleinigkeit. Zumal die Züge infolge der Reinigungsarbeiten ausfallen und die Bahn mitunter Probleme hat, genügend Züge auf die Gleise zu setzen.

Im vergangenen Jahr schlugen die Graffiti-Sprayer bei der Bahn rund 14.000-mal zu. Bei der Reinigung und Neulackierung fielen im Durchschnitt pro Zug Kosten in Höhe von 15.000 Euro an. Zum Vergleich: Die Mini-Aufklärungsdrohnen, die die Bahn

gern einsetzen würde, kosten pro Stück etwa 50.000 Euro. Die Bahn will nun prüfen, wie sie weiter vorgeht. Nächste Woche sei vielleicht schon Näheres zu erfahren, heißt es aus dem Konzern. Man sei im Gespräch mit den Behörden. Ganz so schnell will das Unternehmen dann doch nicht aufgeben. Schließlich ist es voll des Lobes, wenn das Gespräch auf erste Tests mit den fliegenden Patrouillen kommt.

Inklusion Notbremse

VON SASKIA DÖHNER

Für die meisten Kinder in der 1b der Grundschule Schöppenstedt sind es nur ein paar Schritte. Für Charlotta Scharf ist es ein sehr weiter Weg. Die schwer körperbehinderte Sechsjährige, die im Rollstuhl sitzt, braucht eine Schulbegleitung, die ihr über die Stufen hilft. Eigentlich dürfte das keinen besonderen Aufwand bedeuten in dem Schuljahr, in dem der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Handicap in allen ersten und fünften Klassen von der Ausnahme zum Normalfall werden soll. Doch die Wirklichkeit in den Schulen im Land ist ganz anders.

Alles gut gemeint, ...

Wenn Politiker über Inklusion sprechen, dann reden sie viel von Teilhabe und von einem Bewusstseinswandel, der wie ein Ruck durch die Gesellschaft gehen müsse. Von Geld und Personal spricht man nicht so gern. Aber gerade darauf kommt es an.

Diese Erfahrung machen die Lehrer, Schüler und Eltern in Niedersachsen gerade. Nach den ersten 100 Tagen fällt die Bilanz des gemeinsamen Unterrichts in Niedersachsen noch ernüchternd aus. Ja, Erstklässler mit Lernschwächen kommen jetzt von vornherein auf eine Regelschule; ja, auch Gymnasien nehmen jetzt Schüler, die nie im Leben Abitur machen werden. Aber damit das ein wirklicher Gewinn für beide Seiten wird, ist viel mehr nötig: Lehrer brauchen Zeit und Schüler mit einem Handicap mehr Zuwendung als andere.

Wie soll das gehen, wenn sich ein Pädagoge allein um 30 Kinder kümmern muss? Berechenbar eingesetzte Sonderpädagoginnen, die Lehrer in den Regelschulen, bei ihrer neuen Aufgabe unterstützen, gibt es kaum. Die meisten sind für mehrere Schulen zuständig, müssen oft kilometerweite Fahrwege zurücklegen, sind nur stunden-, bestenfalls tageweise erreichbar. Da kann man nur von Flickwerk, nicht von Beratung sprechen.

Viele Familien sind verunsichert – und halten dann doch lieber am alten Schutzraum Förderschule fest. Wird mein Kind da nicht viel besser gefördert als in der unübersichtlichen, lauten Regelschule?

Das alles zeigt, wie wenig durchdacht das Management der Reform offensichtlich noch ist. Vieles war besser gemeint, als es gemacht wird. Das zeigt sich auch daran, dass das Kultusministerium in Hannover noch immer keinen genauen Überblick darüber hat, wie viele der rund 32.000 Förderschüler aus dem vergangenen Schuljahr jetzt in Regelschulen unterrichtet werden. Einen „Masterplan“ wird man aber ohne Zahlen kaum erstellen oder gar umsetzen können.

Dabei ist es nicht so, dass sich die Landesregierung die Inklusion nichts kosten ließe. 1640 zusätzliche Lehrstellen sind in den nächsten vier Jahren für den gemeinsamen Unterricht eingeplant – immerhin Kosten von 550 Millionen Euro.

... aber nicht gut organisiert

Dennoch hat Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) die nächste Ausbaustufe der Inklusion jetzt erst einmal um ein Jahr nach hinten verschoben. Die zehn Sprachheilschulen und rund 70 Sprachheilklassen sollen nicht schon nächstes Jahr, sondern erst ab Sommer 2015 schrittweise aufgelöst werden. Man wolle nichts mit der Brechstange erreichen, hat die Ministerin gesagt. Und mit dieser Notbremse gerade noch rechtzeitig eine politische Blamage auf Kosten der schwächsten Schüler verhindert.

Sicher, man kann das rügen wie der Sozialverband. Er bemängelt zu Recht, dass die gleichberechtigte Teilhabe schon viel zu lange hinausgezögert worden ist. 2009 hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Bis die Bundesländer dieses Recht in ihre Schulgesetze aufgenommen haben, vergingen Jahre.

Dennoch ist die erneute Verschiebung in Niedersachsen aber auch eine große Chance – man kann es jetzt durchdacht, konsequent und damit richtig machen. Die Landesregierung und die Kommunen sollten die Atempause nutzen, um Schulen endlich mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Feste Sonderpädagoginnen in den Regelschulen, barrierefreie Gebäude, aber auch eine bessere Abstimmung zwischen Schulbegleitern, Förder- und Fachlehrer wären Schritte in die richtige Richtung.

Viel zu lange musste Uwe Scharf um die Schulbegleitung für seine Tochter betteln. Wenn aus Behinderten Bittsteller werden, ist das unwürdig. 5000 Euro würde es pro Monat kosten, wenn Charlotta nicht nur jemanden hätte, der ihr über die Stufen zur Turnhalle hinweghelft, sondern sie auch noch in den Ferien